

Vertrag

C.5 – Umwelt, Kreislauf-/Abfallwirtschaft und Gefahrgut

zwischen Auftraggeber (AG):

BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Hildegard-Knef-Platz 2

10829 Berlin

und Auftragnehmer (AN):

[.....

.....]

für

Projekt: Refurbishment 2.0 – KLR2

Los: Schornstein A Sanierung

EU-Ausschreibungs-Nr.: [EU Tender Number]

ABKÜRZUNGEN UND BEGRIFFSDEFINITIONEN

Abkürzung/Begriff	Definition
HSE	Health, Safety & Environment
aRdT	Anerkannte Regeln der Technik
ASN	Abfallschlüsselnummer
AVV	Abfallverzeichnisverordnung
AVV Baulärm	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm
DA	Deklarationsanalytik
eANV	elektronischen Abfallnachweisverfahren
EN	Entsorgungsnachweises
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung
GGVSEB	Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
PNK	Probenahmekonzept
PNP	Probenahmeprotokolle
SBB	Sonderabfallgesellschaft Brandenburg / Berlin mbH
SdT	Stand der Technik
SenMVKU	Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
SEN	Sammelentsorgungsnachweises
SoAbfEV	Sonderabfallentsorgungsverordnung

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einhaltung von umweltrechtlichen Vorschriften	4
2	Umgang mit Abfällen	5
2.1	Allgemeine abfallrechtliche Regelungen	5
2.2	Kontakt mit zuständigen Behörden und der SBB	6
2.3	Ablauf der Entsorgung	6
2.3.1	Abfallerfassung und Bereitstellung des Abfalls zur Entsorgung	6
2.3.2	Probenahme	7
2.3.3	Deklarationsanalysen	8
2.3.4	Abfalldeklaration und Entsorgungsweg	8
2.3.5	Miteinzureichende Unterlagen	9
2.3.6	Erstellung von Entsorgungsnachweisen	10
2.3.7	Erstellung von Übernahme-, Begleitscheinen und Registerbelegen	11
2.3.8	Verpackung, Verladung und Transport	11
2.4	Dokumentation der Entsorgung	12
2.4.1	Register	12
2.4.2	Dokumente zur Verbleibskontrolle	12
3	Einbau und Wiedereinbau von Material & Stoffen	13
4	Gefahrgut	14
4.1	Regelungen zum Transport von Gefahrgütern; Überwachung und Nennung von Subunternehmern	14
4.1.1	Allgemeine Anforderungen	14
4.1.2	Aufgabenverteilung Gefahrgutrecht	14
4.1.3	Allgemeine Vorschriften zur Sicherung und Anforderungen an das Fahrpersonal	15
4.1.4	Sicherungspläne für Güter mit hohem Gefahrenpotential	15
4.1.5	Vorschriften für die Kennzeichnung von Verpackungen	15
4.2	Sicherheitsdatenblätter	15

1 Einhaltung von umweltrechtlichen Vorschriften

Der Auftragnehmer sichert bei Erbringung seiner vertraglich geschuldeten Leistung die Einhaltung aller relevanten umweltrechtlichen gesetzlichen Vorschriften und geltenden Verwaltungsvorschriften sowie den Stand der Technik (SdT) und die allgemein anerkannten Regeln der Technik (aRdT) als auch der Bestimmungen der relevanten öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Erlaubnisse und Zulassungen sowie Nutzungsverträge Dritter zu, soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist. Gleiches gilt für die zur Abwicklung des Vorhabens relevanten, durch den Auftraggeber beigefügten Gutachten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu prüfen, ob eine Abfallvermeidung oder Weiterverwendung von Baustoffen, technischen Anlagen- oder Anlagenkomponenten etc. möglich ist. Sollte dies der Fall sein, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu informieren und ihm einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise zu unterbreiten. Im Fall eines möglichen Verkaufs entscheidet der Auftraggeber in jedem Einzelfall darüber und beteiligt den Auftragnehmer mit einem vertraglich festzulegenden Erlös.

Sollte das Baufeld vom Auftraggeber an den Auftragnehmer übergeben werden, sichert der Auftragnehmer dem Auftraggeber uneingeschränkten Zugang ohne Voranmeldungen zu.

Bei der Erfüllung seiner Pflichten hat der Auftragnehmer die Emissionen der am Standort bestehenden Anlagen des Auftraggebers zu berücksichtigen.

Dem Auftraggeber steht gegenüber den Mitarbeitern des Auftragnehmers zur Sicherstellung aller relevanten umweltrechtlichen gesetzlichen Vorschriften bei Erbringung der vertraglichen Leistungen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung der dabei entstehenden Abfälle ein Weisungsrecht zu.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dies auch seinen Nachunternehmern mit Weitergabeverpflichtung aufzuerlegen.

Sollte eine Schadstoffsanierung Bestandteil der Leistungen des Auftragnehmers sein oder werden, sichert der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Übergabe der Bescheinigung zum Nachweis der Asbestfreiheit nach Anhang 6 der LAGA-Mitteilung 23 zu. Der Auftragnehmer erfüllt alle mit der Bescheinigung verbundenen Pflichten.

Soweit einschlägig, prüft der Auftragnehmer zur Sicherstellung der Einhaltung der AVV Baulärm oder anderer festgesetzter Immissions- oder Emissionsrichtwerte im Vorfeld den Einsatz seiner Geräte und stellt dem Auftraggeber die Vorabprüfung in Form einer Liste sowie aller erforderlicher Unterlagen zur Verfügung.

Beabsichtigt der Auftragnehmer den Einsatz wassergefährdender Stoffe, so hat er dem Auftraggeber rechtzeitig, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen vor deren Anlieferung eine Liste der einzusetzenden wassergefährdenden Stoffe/Gemische sowie deren Mengen vorzulegen und die Eignung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen entsprechend zu belegen

Sofern in Fällen von Baumaßnahmen Wasser zur Staubbindung eingesetzt wird, ist das ggf. anfallende Abwasser durch den Auftragnehmer als Abfall zu entsorgen, sofern keine andere Regelung getroffen wird.

Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten eine vollständige Liste aller störfallrelevanten Stoffe auf der Baustelle, inklusive Mengenangaben. Änderungen sind unverzüglich, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen zu melden und die Angaben müssen stets aktuell gehalten werden.

Aufgrund der Regelungen dieses Vertragsteils finden insoweit die Ziffern 11 „Umweltschutz“ der XXB_RL9907_Baustellenordnung und 5.4 „Umweltschutz“ der KLB_VA0001_Objektordnung Heizkraftwerk Klingenberg.

2 Umgang mit Abfällen

2.1 Allgemeine abfallrechtliche Regelungen

Der Auftraggeber ist für die Abfälle, die bei seinen Bauvorhaben entstehen, Abfallerzeuger gemäß § 3 Abs. 8 KrWG. Der Auftragnehmer ist Abfallerzeuger im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) für alle im Rahmen seiner gewerblichen Tätigkeit mitgebrachten und nicht unmittelbar verwandten Materialien, Betriebs- und Arbeitsmittel und für deren ordnungsgemäße Abfallentsorgung verantwortlich.

Für die, beispielsweise im Zuge einer Behandlung in einer Entsorgungsanlage des vom Auftraggeber übergebenen Abfalls durch den Auftragnehmer, entstehenden Abfall-Outputs ist der Auftraggeber weiterhin Abfallerzeuger, im Sinne des Ersterzeugers mit den verbundenen Verpflichtungen gemäß § 22 KrWG.

Der Auftragnehmer ist für sämtliche im Zuge der Erbringung seiner vertraglichen Leistungen entstehenden Abfälle Abfallbesitzer gemäß § 3 Abs. 9 KrWG. Den Besitz des Abfalls darf der Auftragnehmer keinem Dritten übertragen, ohne dass der Auftraggeber davon in Kenntnis gesetzt wird und vor Übertragung seine Zustimmung erteilt.

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer seine Abfallerzeugernummer zur Verfügung.

Der Auftragnehmer ist für die ordnungsgemäße Entsorgung der im Zuge seiner vertraglichen Leistungen entstehenden Abfälle nach den nachfolgenden Bestimmungen verpflichtet.

Gemäß § 15 KrWG sind Abfälle ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen. Die Abfallverwertung (durch Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling und sonstiger Verwertung) hat grundsätzlich Vorrang vor der Beseitigung.

Der Auftragnehmer sichert dem Auftraggeber die vorrangige Verwertung der Abfälle und eine Berücksichtigung der CO₂-Emissionen bei der Entsorgung zu. Nur wenn eine Verwertung der Abfälle ausgeschlossen ist, ist eine Beseitigung vorzunehmen.

Kann eine sofortige Entsorgung nicht erfolgen, muss der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen schriftlich mit einer nachvollziehbaren Begründung informieren.

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das Recht auf Zutritt und Kontrollen der vertraglich gebundenen Entsorgungsanlagen, in denen die Abfälle des Auftraggebers entsorgt werden, ein. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass etwaige Nachunternehmer des Auftragnehmers, die Abfälle des Auftraggebers entsorgen, dem Auftraggeber ebenfalls dieses Recht einräumen.

Eine Änderung des Entsorgungsweges, der Abfallschlüsselnummer (ASN) nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV) oder eine geplante Verbringung der Abfälle ins Ausland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Die Zulässigkeit des gewählten Entsorgungsweges ist vor Beginn der Entsorgung durch den Auftragnehmer nachzuweisen und durch den Auftraggeber zu bestätigen. Eine Änderung des Entsorgungsweges liegt auch dann vor, wenn lediglich Teilchargen des übergebenen Abfalls nicht der vorgesehenen Entsorgung zugeführt werden sollen. Die Vorlage der Dokumentation der Abfallentsorgung durch den Auftragnehmer und die schriftliche Anerkennung durch den Auftraggeber ist Teil der Abnahme.

Vom Auftraggeber wird vorab soweit notwendig ein unabhängiges Ingenieurbüro gebunden, welches Aufgaben gemäß den Anforderungen der einschlägigen Merkblätter zur Entsorgung der zuständigen Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), Abteilung Abfallwirtschaft erfüllt.

Der Auftragnehmer trägt alle mit der Entsorgung verbundenen Kosten (z.B. Bereitstellung, Beladung, Transport und Entsorgung) und anfallende Gebühren mit Ausnahme der Gebühren, die die Sonderabfallgesellschaft Brandenburg / Berlin mbH (SBB) prozentual für die Entsorgung von gefährlichem Abfall oder nachweispflichtigem Abfall erhebt, diese übernimmt der Auftraggeber. Der Auftraggeber behält sich vor, die Entsorgung oder oben beschriebene Teilleistungen selbst durchzuführen.

2.2 Kontakt mit zuständigen Behörden und der SBB

Abstimmungen mit den zuständigen Behörden zum Beispiel SenMVKU, Abteilung Abfallwirtschaft, der SBB und weiteren Behörden nimmt ausschließlich der Auftraggeber vor, soweit im Vertrag nicht anderes geregelt wird.

2.3 Ablauf der Entsorgung

2.3.1 Abfallerfassung und Bereitstellung des Abfalls zur Entsorgung

Für die Abfälle, die bei Erbringung der vertraglichen Leistung durch den Auftragnehmer anfallen, gewährleistet der Auftragnehmer die Trennung der Abfälle nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere KrWG, Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV)).

Die Trennung von Abfällen ist vom Auftragnehmer detailliert, plausibel und nachvollziehbar zu dokumentieren. Wenn eine Trennung der Abfälle technisch unmöglich oder wirtschaftlich

unzumutbar ist, ist dieser Sachverhalt zwingend detailliert, plausibel und nachvollziehbar durch den Auftragnehmer gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu dokumentieren. Der Auftragnehmer hat die Dokumentation in beiden o. g. Fällen dem Auftraggeber wöchentlich zu übergeben. Erfolgt die Trennung nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, hat der Auftragnehmer die Trennung auf seine Kosten nachträglich durchzuführen und sollte eine Trennung nicht mehr möglich sein, die Kosten der Entsorgung zu tragen.

Die Bereitstellung der Abfälle zur Entsorgung durch den Auftragnehmer hat so zu erfolgen, dass schädliche Veränderungen des Bodens und nachteilige Veränderungen der Eigenschaften von Gewässern, eine Verschleppung von Schadstoffen in die Umwelt und zwischen Abfallchargen nicht zu besorgen sind.

Gefährliche Abfälle sind durch den Auftragnehmer in geeigneter Weise durch Abdeckplanen (ober- und unterhalb von Haufwerken) oder Deckel gegen Witterungseinwirkungen zu schützen. Bei Aufforderung durch den Auftraggeber sind durch den Auftragnehmer entsprechende Nachweise zu erbringen (z. B. durch Fotodokumentation).

Der Auftragnehmer hat die zur Entsorgung bereitgestellten Abfälle (Haufwerke, Container, Big-Bags etc.) gut lesbar und dauerhaft mit der Bezeichnung des Bauvorhabens, der Abfallcharge, der Abfallart und der ASN zu kennzeichnen sowie gegen Vermischung mit anderen Abfällen zu sichern.

Der Abfall ist durch den Auftragnehmer zudem so bereitzustellen, dass er gemäß den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend verpackt und für den Entsorger annahmefähig ist, d. h. die Annahmbedingungen der Entsorger erfüllt werden.

Der Auftragnehmer nutzt geeignete Transportbehälter oder Container für die Bereitstellung der Abfälle zur Entsorgung und hält diese in ausreichender Stückzahl vor.

Der Auftragnehmer hat die Abfallerfassung so durchzuführen, dass eine zweifelsfreie Zuordnung der Deklarationsanalysen zum jeweiligen Abfall gewährleistet ist, z. B. durch einen Lageplan der Abfallchargen.

2.3.2 Probenahme

Die Probenahme wird durch einen Rahmenvertragspartner des Auftraggebers durchgeführt. Der Auftragnehmer meldet Probenahmen zur Deklarationsanalytik (DA) mittels eines Probenahmekonzeptes (PNK) unverzüglich, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen beim Auftraggeber an. Der Probenehmer wird vom Auftraggeber unter Beteiligung des Auftragnehmers in die Örtlichkeiten der Probenahme eingewiesen.

Müssen wegen Fehlern des Auftragnehmers mehrere Probennahmen durch den Auftraggeber durchgeführt werden, trägt der Auftragnehmer die daraus entstehenden Kosten.

Die Probenahmen (Haufwerks-, Rasterfeld-, Insitu-Beprobung) werden vom Auftraggeber gemäß den geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der LAGA PN 98 sowie des Leitfadens Runder Tisch Abfallbeprobung Brandenburg-Berlin, beauftragt.

Die Probenehmer weisen die für die Probenahme erforderliche Sach- und Fachkunde gemäß LAGA PN 98 sowie eine entsprechende Akkreditierung nach.

Sollte eine Insitu- oder Rasterfeld-Deklaration im Verlauf des Bauvorhabens durch den Auftragnehmer angestrebt werden, ist der Auftraggeber rechtzeitig darüber zu informieren. Der Auftraggeber beantragt die Insitu-Deklaration bei der zuständigen Behörde.

Soweit die zuständige Behörde einer Insitu-, oder Rasterfeld-Deklaration zustimmt und Festlegungen hierzu trifft, sind diese für den Auftraggeber und Auftragnehmer verbindlich.

2.3.3 Deklarationsanalysen

Die durch den Auftraggeber durchgeführten Deklarationsanalysen inkl. Probennahmen, werden entsprechend der aktuellen BEW-Prüfpläne durchgeführt. Die Prüfpläne werden dem Auftragnehmer auf Anfrage durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Sollten durch die Entsorgungsanlage weitergehende Anforderungen (z. B. zusätzliche Parameter, Materialproben, etc.) notwendig sein, sind diese dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer mitzuteilen.

Die vom Auftraggeber beauftragten Labore müssen akkreditiert und für die jeweiligen Analytik-Parameter zertifiziert sein. Die Zeit bis zu den Ergebnissen der Probenahme und Deklarationsanalytik richtet sich nach der Auslastung der Labore. Verzögerungen durch verlängerte Analysezeiten können zu keinen Mehrkosten des Auftraggebers führen und sind vom Auftragnehmer einzuplanen.

Der Auftragnehmer führt eine Plausibilitätsprüfung der Analytik und der Probenahmeprotokolle (PNP) durch. Zur Plausibilitätsprüfung gehört unter anderem, dass der Auftragnehmer die Kongruenz zwischen den Probenahmeprotokollen und der Analytik (z. B. Menge, Probenbezeichnung, Anfallstelle, etc.) prüft und diese auf Verlangen des Auftraggebers nachweist.

2.3.4 Abfalldeklaration und Entsorgungsweg

Der Auftraggeber übergibt die Abfalldeklaration inklusive der Probenahmeprotokolle und Prüfberichte dem Auftragnehmer.

Unter Berücksichtigung der Ziffer **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** Abs. 1 erstellt der Auftragnehmer für alle im Zusammenhang mit der Erbringung seiner vertraglichen Leistungen entstehenden Abfälle jeweils tabellarische und einzelne Entsorgungsvorschläge (EV) und übergibt diese dem Auftraggeber unverzüglich, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen einzeln zur Prüfung und Freigabe.

Entsorgungsvorschläge sind durch den Auftragnehmer bei geplanter Entsorgung mit folgenden Informationen zu erstellen:

Laufende Nummer, Benennung der Charge (bei mehr als einer Charge, fortlaufende eindeutige Chargenbenennung), Herkunft des Materials, Nummer des Prüfberichts, Einstufungsrelevante Parameter mit Konzentration, Einstufung nach Vollzugshinweisen und ErsatzbaustoffV, ASN nach AVV, Menge in Kubikmeter [m³] aus dem Probenahmeprotokoll (PNP), Menge in Tonnen [t] aus Umrechnung der m³ aus dem Probenahmeprotokoll (PNP), Beförderer (behördliche Nummer,

Name, vollständiges Zertifikat), Entsorger (behördliche Nummer, Name, vollständiges Zertifikat), End-Entsorger (behördliche Nummer, Name, vollständiges Zertifikat), Entsorgungsverfahren (Rxx / Dxx), gegebenenfalls Nummer des Sammelentsorgungsnachweises (SEN).

Die Entsorgungsvorschläge sind bei nicht benannten, erst auftretenden Abfällen oder bei anderen Änderungen im Laufe des Bauvorhabens unverzüglich, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen zu aktualisieren.

Sofern Abfälle bereits im Schadstoffgutachten, LV (Leistungsverzeichnis) etc. durch den Auftraggeber benannt und einer ASN zugeordnet sind, sind durch den Auftragnehmer Entsorgungsvorschläge bereits mit dem Angebot einzureichen.

Der Auftragnehmer benennt das Verwertungsverfahren nach Anlage 2 (R1 - R13) KrWG bzw. das Beseitigungsverfahren nach Anlage 1 (D1 - D15) des KrWG.

Zudem stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Nachweise der entsorgten Mengen und Verwertungsquote der Entsorgungsanlagen nach der fachgerechten Entsorgung des Abfalls wöchentlich zur Verfügung.

Die Entsorgungswege für gefährlichen oder nachweispflichtigen Abfall sind vom Auftragnehmer so vorzuschlagen und vorzubereiten, dass sie bei der SBB andienungsfähig und für den Entsorger annahmefähig sind. Der Auftragnehmer hat sich über die Annahmebedingungen und Öffnungszeiten der Entsorger selbstständig zu informieren und diese einzuhalten, sowie die Anlieferung anzumelden.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf die Entsorgungswege zu ändern und Entsorger für Abfälle vorzugeben oder die Abfälle selbst zu entsorgen.

2.3.5 Miteinzureichende Unterlagen

Mit der Übergabe der Entsorgungsvorschläge in tabellarischer Form und einzeln bzw. bei jeder vorgeschlagenen Änderung des Entsorgungsweges reicht der Auftragnehmer dem Auftraggeber in geordneter Form ein:

- eine Eigenerklärung dazu, dass der Auftragnehmer mit den vorgeschlagenen Entsorgern die Annahmefähigkeit der Abfälle geprüft und die Bestätigung der Annahmefähigkeit erhalten hat
- Namen und behördliche Nummer der Beförderer und Entsorger:
- Darstellung des Entsorgungsweges bis zum End-Entsorger,
- Nachweise zur Übernahme der abfallrechtlichen Pflichten und Zuverlässigkeit.

Für Beförderer:

- für gefährlichen Abfall eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG,
- für nicht gefährlichen Abfall eine Anzeige nach § 53 KrWG sowie deren Bestätigung durch die zuständige Behörde,
- Alternativ zur Beförderungserlaubnis ein Entsorgungsfachbetriebszertifikat mit Aufführung der entsprechenden Abfallschlüsselnummern.

Für Entsorger:

- Wenn der Entsorger als Entsorgungsfachbetrieb (EfB) zertifiziert ist, ist das Entsorgungsfachbetriebszertifikat mit Aufführung der entsprechenden Abfallschlüsselnummern vorzulegen,
- Nachweise über Zulassung zur Annahme der entsprechenden Abfälle mit Annahmeparametern (z.B. Genehmigungen, Zulassungen, Erlaubnisse, Bewilligungen),
- Für Sammelentsorgungen ist der Sammelentsorgungsnachweis immer im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) und zusätzlich als PDF vorzulegen und der Entsorger anzugeben,
- Wenn als Entsorgungsanlage ein Zwischenlager oder eine Behandlungsanlage vorgesehen ist, ist die End-Entsorgeranlage zu benennen.

Nachweise der Zuverlässigkeit für Unternehmen die nicht als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert sind:

- Für den Geschäftsführer und die für die Leitung und Beaufsichtigung verantwortlichen Personen der Beförderer und Entsorger sind alle drei Jahre sowie bei jedem Wechsel der vorbenannten Personen nachfolgende Unterlagen vorzulegen:
 - ein Führungszeugnis, Belegart N,
 - eine personenbezogene Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, Belegart 1,
 - eine firmenbezogene Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, Belegart 1.

Die benannten Unterlagen müssen gültig bzw. aktuell sein. Änderungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber anzuzeigen.

2.3.6 Erstellung von Entsorgungsnachweisen

Der Auftragnehmer überstellt dem Entsorger alle zur Beschreibung des Abfalls notwendigen Unterlagen (z. B. Probenahmeprotokolle, Analysen und Abfalleinstufung, Entsorgungsvorschlag) und bestätigt dem Auftraggeber in elektronischer Form per eANV vor Abtransport, dass der Entsorger den Abfall rechtskonform annehmen kann (z. B. durch einen vereinfachten Entsorgungsnachweis (VEN) und eine einmalige Annahmeerklärung (AE)).

Die Nachweisführung für alle Abfallarten wird unter Verwendung von (vereinfachten) Einzelentsorgungsnachweisen im eANV (der Auftraggeber nutzt ZEDAL) immer durch den Auftraggeber erstellt. Abweichungen erfordern die vorherige Zustimmung des Auftraggebers.

Bei der Verwendung von Sammelentsorgungsnachweisen durch Dienstleister sind diese im eANV dem Auftraggeber vom Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber, die folgenden Informationen für die Erstellung von (vereinfachten) Entsorgungsnachweisen (EN):

- Angabe des Entsorgers mit Entsorgernummer und Ansprechpartner,
- Benennung des Beförderers, Beförderernummer und Ansprechpartner.

Der Auftraggeber erstellt, signiert und überstellt den EN im eANV an den Entsorger, welcher diesen prüft und an die SBB übergibt. Nach positivem Prüfergebnis erstellt der Entsorger die Annahmeerklärung, signiert diese und überstellt den EN als Andienung des Abfalls an die SBB. Die SBB bestätigt gemäß § 4 SoAbfEV innerhalb von 14 Kalendertagen den Eingang des Entsorgungsnachweises. Soweit die SBB zusätzliche Anforderungen an die Unterlagen zum EN stellt, können diesbezügliche Verzögerungen nicht durch den Auftragnehmer als Baubehinderung geltend gemacht werden.

Nachdem der Auftraggeber den Zuweisungsbescheid oder die Verwertungsfeststellung von der SBB erhalten hat, teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Entsorgungsnachweisnummer und die darin ggf. enthaltenen Anordnungen inklusive Nebenbestimmungen der SBB via E-Mail mit und gibt die entsprechenden Abfälle zur Entsorgung gemäß Entsorgungsnachweis frei.

2.3.7 Erstellung von Übernahme-, Begleitscheinen und Registerbelegen

Bei der Entsorgung über Sammelentsorgungsnachweise sind Übernahmescheine (ÜS) durch den Besitzer des Sammelentsorgungsnachweises zu erstellen und dem Auftraggeber zur elektronischen Signatur im eANV zur Verfügung stellen. Abweichungen erfordern die vorherige Zustimmung des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber mit zwei Arbeitstagen Vorlauf die notwendigen Informationen zur Erstellung der Begleitscheine (BGS) für gefährliche Abfälle und Registerbelege (RGB) für nicht gefährliche Abfälle:

Entsorgungsnachweisnummer, Anzahl der Begleitscheine / Registerbelege, Datum des Abtransport-Tages, Fassungsvermögen der Transportfahrzeuge in Kubikmeter, Beförderernummer, die ASN nach AVV und die Chargenbezeichnung.

Daraufhin erstellt der Auftraggeber die erforderlichen Begleitscheine / Registerbelege im eANV, signiert diese und überstellt sie elektronisch dem Beförderer. Bei Abfalltransporten, die gleichzeitig Gefahrguttransporte darstellen, ist gem. Ziffer 4.1.3 zu verfahren.

2.3.8 Verpackung, Verladung und Transport

Der Auftragnehmer hat die Abfälle entsprechend der Transportvorschriften der gesetzlichen und technischen Bestimmungen für die jeweiligen Abfälle und Entsorgervorgaben zu verpacken. Gefahrenverantwortung und Verkehrssicherungspflicht für die Abfallentsorgung gehen mit Beginn der Auftragsdurchführung auf den Auftragnehmer über.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Beförderer die Begleitscheine, die Übernahmescheine sowie Kopien der dazugehörigen Entsorgungsnachweise im Fahrzeug mitführt. Die Mitführungspflichten nach § 13 AbfAEV bleiben davon unberührt.

2.4 Dokumentation der Entsorgung

2.4.1 Register

Der Auftragnehmer führt für die Entsorgung aller beim Vorhaben entstehenden Abfälle kontinuierlich ein Register in elektronischer Form mit den folgenden Informationen:

Laufende Nummer, Benennung der Charge (fortlaufende eindeutige Chargenbenennung), Herkunft des Materials, Nummer des Prüfberichts, Einstufungsrelevante Parameter mit Konzentration, Einstufung nach Vollzugshinweisen und ErsatzbaustoffV, ASN nach AVV, Menge in Kubikmeter [m³] aus dem Probenahmeprotokoll (PNP), entsorgte Menge in Tonnen [t], Beförderer (behördliche Nummer, Name), Entsorger (behördliche Nummer, Name), End-Entsorger (behördliche Nummer, Name), Entsorgungsverfahren (Rxx / Dxx), Nummer des Entsorgungsnachweises (EN) / Sammelentsorgungsnachweises (SEN), Datum der Entsorgung, Begleitschein-, Übernahmeschein- Registerbeleg- oder Lieferscheinnummer, Wiegescheinnummer.

Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber das Register wöchentlich in elektronischer Form.

2.4.2 Dokumente zur Verbleibskontrolle

Der Auftragnehmer muss sämtliche Dokumente zur Nachweis- und Verbleibkontrolle über die erfolgte ordnungsgemäße, fachgerechte Entsorgung aller Abfälle dem Auftraggeber wöchentlich übergeben.

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber auf dessen Aufforderung die Dokumente nach § 5 der Verordnung über Entsorgungsfachbetriebe, technische Überwachungsorganisationen und Entsorgungsgemeinschaften (EfBV), und alle mit der Entsorgung zusammenhängenden Dokumente zur Verfügung:

Input- sowie Output-Analytik, Prozesswasseranalytik, Begleitscheine, Übernahmescheine und Lieferscheine zu den Output-Wegen nach der Behandlung oder Zwischenlagerung bis zur End-Entsorgung, weitere entsorgungs- und abfallrelevante Dokumente.

Für nicht gefährliche Abfälle sind durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber nachfolgende Dokumente zu übergeben:

- Registerbelege oder Lieferscheine inklusive der Kopie des Entsorgerblattes, sortiert in nachfolgender Reihenfolge: Abfallschlüssel, wenn vorhanden vereinfachte Entsorgungsnachweisnummer und Datum. Die zugehörigen Wiegescheine sind hier zu inkludieren,
- Vereinfachte Entsorgungsnachweise mit Annahmestätigungen der Entsorger, sortiert in folgender Reihenfolge: Abfallschlüssel und Register.

Für gefährliche und nachweispflichtige Abfälle sind durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber folgende Informationen zu übergeben:

- Mengennachweise in Form von Wiegescheinen im Original mit Zuordnung zu dem dazugehörigen Begleitschein, sortiert in nachfolgender Reihenfolge: Abfallschlüssel, Entsorgungsnachweisnummer, Datum,

- Übernahmescheine für Sammelentsorgungen inklusive der Kopie des Entsorgerblattes, sortiert in folgender Reihenfolge: Abfallschlüssel, Entsorgungsnachweisnummer oder Sammelentsorgungsnachweisnummer, Datum. Die zugehörigen Wiegescheine sind hier zu inkludieren

3 Einbau und Wiedereinbau von Material & Stoffen

Soweit der Auftragnehmer den Einbau oder Wiedereinbau von Material auf den Grundstücken und Bauvorhaben des Auftraggebers plant, hat dies entsprechend der aktuellen gesetzlichen Regelungen zu erfolgen und bedarf vor Anlieferung und Beginn der Arbeiten jeweils der Zustimmung des Auftraggebers.

Beim Einbau von Material, Primär- und Sekundärbaustoffen, einschließlich Böden gemäß Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) sowie mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) gemäß Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) und weiteren Stoffen, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Anlieferung und Beginn der Arbeiten sämtliche erforderlichen Nachweise zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere Zertifikate, Leistungserklärungen, Umwelt- und Qualitätsnachweise, Analysen sowie Dokumente gemäß §§ 5–7 und § 25 der ErsatzbaustoffV sowie Anhang 10 der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB), die die chemische Eignung sowie die qualitativen und technischen Eigenschaften der Materialien belegen.

Die technische Eignung wird mittels Korngrößenverteilung nach DIN EN ISO 17892-4, Konsistenzgrenzen nach DIN ISO 17892-12, Wassergehalt nach DIN 18121 und Proctorversuch nach DIN 18127 vor Einbau durch den Auftragnehmer durchgeführt und dem Auftraggeber vorgelegt. Die umweltrechtliche Eignung für Baustoffe/-produkte ist nach der MVV TB Bln zu führen. Erst nach erfolgter Freigabe darf Material zum Wiedereinbau angeliefert werden.

Der Einbau von MEB mit Einbaubeschränkungen und Anzeigepflichten nach §§ 20, 22 ErsatzbaustoffV ist auf Standorten und Bauvorhaben im Straßenland des Auftraggebers ausgeschlossen.

Weiterhin müssen beim Einbau wasserrechtliche Anforderungen nach § 19 ErsatzbaustoffV berücksichtigt werden, z. B. der Abstand zum Grundwasser und Eigenschaften der Grundwasserdeckschicht, sowie die Anzeigepflichten nach BBodSchV. Beim Einbau im Grundwasser und beim künstlichen Herstellen der Grundwasserdeckschicht sind weitere gesetzliche Grundlagen, z. B. das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu beachten, für die eine Zulassung der entsprechenden Behörden notwendig sein kann. Die Zulassungen von Behörden werden durch den Auftraggeber eingeholt, die notwendigen Dokumente werden durch den Auftragnehmer rechtzeitig, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen vorbereitet und zur Verfügung gestellt.

Der Auftragnehmer muss den Verbleib aller Materialien lückenlos und entsprechend den Vorgaben der ErsatzbaustoffV dokumentieren und dem Auftraggeber die Dokumentation (einschließlich Lagepläne und Schichtenverzeichnis) zur Aufbewahrung wöchentlich übergeben. Die Dokumentation erfolgt elektronisch über ZEDAL (EBV-Modul).

Andernfalls ist durch den Auftragnehmer immer BM-0-Material zu verwenden und entsprechend der ErsatzbaustoffV zu dokumentieren, da hier keine negative Beeinträchtigung des Bodens zu besorgen ist.

Der Auftragnehmer sichert dem Auftraggeber jederzeit die Möglichkeit von Kontrollen auf Eignung des Materials zu. Sollten die Kontrollen zeigen, dass Material nicht für den Einbau geeignet ist oder die zuvor nachgewiesenen oder geforderten Qualitäten nicht erfüllt, hat der Auftragnehmer das Material auf seine Kosten unverzüglich, aber spätestens innerhalb von 7 Kalendertagen auszutauschen und geeignetes Material zu liefern.

4 Gefahrgut

4.1 Regelungen zum Transport von Gefahrgütern; Überwachung und Nennung von Subunternehmern

4.1.1 Allgemeine Anforderungen

Der Auftragnehmer hat sicher zu stellen, dass die jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften zur Beförderung von Gefahrgütern von ihm und allen seinen Subunternehmern eingehalten werden.

Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren. Soweit nötig, ist ihm dazu Einblick in die erforderlichen Unterlagen zu gewähren. Notwendige Auskünfte sind ihm unverzüglich zu erteilen.

Der Auftragnehmer hat vor Annahme von Lieferungen bzw. vor Beginn von Versendungen von Gefahrgütern sämtliche eingesetzten Subunternehmer dem Auftraggeber unaufgefordert mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber seine Befähigung und die Befähigung der von ihm eingesetzten Subunternehmer zum Befördern von Gefahrgütern in geeigneter Form nachzuweisen, beispielsweise durch Vorlage der gültigen ADR-Bescheinigungen der eingesetzten Fahrer, der Unterweisungsnachweise der beteiligten Personen und Nachweis der Gefahrgutorganisation.

Soweit der Auftragnehmer sich Betriebsstoffe anliefern lässt, ist er insofern Empfänger von Gefahrgut gemäß den gefahrgutrechtlichen Vorschriften.

4.1.2 Aufgabenverteilung Gefahrgutrecht

Alle jeweils in Betracht kommenden Pflichten nach Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB) insbesondere die des Absenders, Verpackers, Verladers, Befüllers, Beförderers, Entladers, Empfängers, sind durch den Auftragnehmer eigenverantwortlich wahrzunehmen. Zudem sind alle weiteren gültigen Gefahrgutvorschriften zu beachten.

Erlässt die zuständige Behörde wegen der Nichterfüllung von Pflichten des Auftragnehmers gemäß GGVSEB, die nach diesem Vertrag ihm obliegen, einen Bußgeldbescheid gegen den Auftraggeber oder dessen Mitarbeitende, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber das Bußgeld zu erstatten.

4.1.3 Allgemeine Vorschriften zur Sicherung und Anforderungen an das Fahrpersonal

Der Auftragnehmer hat zuverlässiges, abfall- und gefahrgutrechtlich geschultes Fahrpersonal mit gültiger Fahrerlaubnis und Fahrpraxis einzusetzen, bei Gefahrgut mit entsprechenden Unterweisungen im Bereich der Sicherung und mit gültigem ADR-Schein (vgl. Kapitel 1.10 ADR / RID / ADN). Das gilt auch, wenn der Auftragnehmer einen Beförderer beauftragt, der Fahrpersonal einsetzt.

Notwendige Dokumente für den Transport von Gefahrgut sind durch den Auftragnehmer und beauftragte Subunternehmer zu erstellen, mitzuführen und auf Anforderung dem Auftraggeber unverzüglich vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das von ihm oder das von ihm beauftragten Beförderer eingesetzte Personal der deutschen Sprache einschließlich der technischen Fachsprache mächtig ist sowie den Inhalt der schriftlichen Weisungen versteht.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass eine Identifizierung der Fahrzeugbesatzung durch einen aktuellen, amtlichen Lichtbildausweis sowie der Fahrzeugpapiere jederzeit möglich ist.

Die Beförderungseinheiten und die mitzuführende Ausrüstung müssen in einem ordnungsgemäßen Zustand sein. Sie sind gemäß dem gültigen Gefahrgutrecht zu kennzeichnen. Eine ordnungsgemäße Ladungssicherung ist jederzeit zu gewährleisten.

Die standortspezifischen Zufahrtsberechtigungen der jeweiligen Objekte sind zu beachten und einzuhalten.

4.1.4 Sicherungspläne für Güter mit hohem Gefahrenpotential

Wenn die bestellte Ware unter die Vorschriften für gefährliche Güter mit hohem Gefahrenpotential fällt (vgl. Kap 1.10.3 ADR / RID / ADN), erstellt der Auftragnehmer für seinen Verantwortungsbezug entsprechende Sicherungspläne.

4.1.5 Vorschriften für die Kennzeichnung von Verpackungen

Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass der Transport in dafür zugelassenen und geeigneten Verpackungen erfolgt und die Kennzeichnungen, Gefahrzettel oder Großzettel / Placard auf Transportbehältern den aktuellen Gefahrgutvorschriften entsprechen.

4.2 Sicherheitsdatenblätter

Zur Einhaltung der gefahrgutrechtlichen Vorschriften sind in einer vom Auftragnehmer zu führenden Übersicht zu gefährlichen Bau- und Betriebsstoffen (TRGS 400 Abs. 5.2 – Gefahrstoffe) alle für eine Arbeitsbereichsanalyse relevanten Informationen über die Zusammensetzung der Stoffe / Gemische und der bei der Verwendung dieser Stoffe / Gemische bzw. dem Umgang mit diesen Stoffen / Gemischen entstehenden Zersetzungsprodukte zu dokumentieren sowie für jeden Stoff / jedes Gemisch ein vollständig und korrekt ausgefülltes EU-Sicherheitsdatenblatt beizufügen. Diese Übersicht ist dem Auftraggeber auf Verlangen durch den Auftragnehmer vorzulegen. Der Auftragnehmer hat die Angaben zum Transport laut EU-Sicherheitsdatenblatt zu berücksichtigen.

Eine Änderung der Zusammensetzung oder neue Erkenntnisse über die Wirkung der Stoffe / Gemische auf Menschen und Umwelt hat der AN dem AG umgehend mitzuteilen.